

1 Haushaltsrede 2018

2 Sperrfrist 30. November 2017, 18.00 Uhr

3 Es gilt das gesprochene Wort

4

5 Sehr geehrte Herren und Damen,

6 sehr geehrte Herr Bürgermeister, sehr geehrte Herren und Damen der Verwaltung,

7 liebe Ratskollegen und -kolleginnen,

8 zu Beginn meiner Rede möchte ich noch einen kleinen Rückblick auf das Jahr 2017 wagen, denn die

9 Ergebnisse der Arbeit sind Voraussetzung für unsere Entscheidungsgrundlagen im Haushalt 2018.

10 Es ist unsere Aufgabe, einen Haushalt, einen Sanierungsplan, einen Stellenplan zu verabschieden, der

11 den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Eine Aufgabe, die zunehmend komplexer wird, nicht nur

12 auf Grund der Fülle der zu bearbeitenden Daten, sondern auch weil Einnahmen- wie Ausgabenfelder

13 sich permanent bedingen, ergänzen oder ausschließen.

14 Tja, schaut man auf das letzte Jahr zurück, ist uns diese Aufgabe offensichtlich nicht ganz gelungen.

15 Denn wir durften in diesem Jahr erleben, wie der Rat quasi entmachtet auf den Zuschauerrängen

16 Platz nehmen durfte und statt seiner eine von der Landesheimatministerin bestellte

17 „Sparkommissarin“ einen gesetzeskonformen Sanierungsplan beschloss, der unmittelbar

18 Auswirkungen auf die städtische Finanzlage hat, und „mal eben“ 2 Millionen Euro kosten wird. Bleibt

19 die Frage, wer trägt die Verantwortung für dieses Dilemma? Die Berechnungen der hiesigen

20 Verantwortlichen wurden von der Bezirksregierung als fehlerhaft abgelehnt, obwohl dieselbe

21 Bezirksregierung diesen in den Vorjahren zugestimmt hatte. Für unsere Stadtspitze ist damit ohne

22 jeden Zweifel diese Bezirksregierung verantwortlich, und unter rot-grüner Landesregierung, die

23 natürlich auch, aber ist das wirklich so einfach? Wahrscheinlich eher nicht.

24 Auch im Bereich Bauplanung versuchte man unlängst den Schwarzen Peter beim Landesbetrieb

25 Straßen.NRW zu finden. Stichwort Lärmschutzwand Grüner Winkel. Katastrophal ist nicht nur die

26 Kostensteigerung um 120%, sondern auch die mangelnde Transparenz der hiesigen Verwaltung.

27 Anders kann man das leider nicht beschreiben. 1. Rat und Ausschüsse wurden über die

28 Kostensteigerung nicht zeitnah informiert, 2. auf Nachfrage der SPD-Fraktion erklärte die

29 Baudezernentin im gemeinsamen Gespräch, dass nur rund 440.000 € durch städtebauliche Verträge

30 gesichert seien, 3. das städtische Presseamt veröffentlichte, dass die Komplettkosten von 780.000 €

31 durch städtebauliche Verträge gedeckt seien, 4. die SPD-Fraktion weist den Kämmerer in ihrer

32 Haushaltsklausur auf die widersprüchlichen Aussagen hin, woraufhin 5. der Bau- und

33 Verkehrsausschuss in seiner letzten Sitzung unter Anfragen und Mitteilungen unterrichtet wurde, die

34 Kosten seien mit 380.000 berechnet worden. Die Lärmschutzwand aber nun 780.000 € kosten werde.

35 Rund 400.000 € müssten nun durch die Allgemeinheit finanziert werden.

36 Der Höhepunkt der Tragödie in sechs Akten war jedoch die Antwort der Baudezernentin auf die

37 Anfrage der SPD-Fraktion im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss am vergangenen Donnerstag.

38 Dort versuchte sie doch tatsächlich noch eine Ertragssteigerung durch den Bau der Lärmschutzwand

39 zu definieren. Offensichtlich hat man den Fehler immer noch nicht begriffen oder besser man will
40 den Planungsfehler nicht begreifen. Hätte die Planung frühzeitig die Hinweise des Landesbetriebes
41 Straßen.NRW in der 2. Offenlage im Herbst 2012 ernst genommen, wären die Kosten zur Errichtung
42 auf die Grundstückseigentümer durch städtebauliche Verträge gesichert worden. Anders unsere
43 Stadtspitze: Weil die Eigentümer ja schon die archäologischen Ausgrabungen bezahlen mussten,
44 wolle man sie nicht stärker belasten. Diese Aussage ist schlicht eine Frechheit. Die Eigentümer haben
45 auch den Ertrag, sehr geehrte Damen und Herren, oder erlassen Sie künftig auch den Kindern der
46 Musikalischen Früherziehung die Kosten für den anschließenden Gitarrenkurs, weil sie ja schon
47 einmal bezahlt haben? Gibt das die Kassenlage her? Haben wir das Gold speiende Eselchen
48 gefunden? Wenn ja, dann bitte ganz schnell runter mit den hohen Hebesätzen bei den Grund- und
49 Gewerbesteuern!

50 Aber die im Haushalt vorgestellten Zahlen sehen zumindest nicht nach Gold speiendem Eselchen aus.
51 Im kommenden Jahr rechnet die Kämmererei in der 6. Fortschreibung des Haushaltsanierungsplanes
52 im Ergebnisplan mit Erträgen von 102.732.274 Mio € und Aufwendungen 102.445.181 Mio €. In
53 seiner Haushaltsrede wies Kämmerer Dirk Meussen auf das damit verbundene „historische Ereignis“
54 hin. Der Haushalt gilt mit dem Überschuss von 287.093 € als ausgeglichen. Eine Tatsache, die ich in
55 meiner Zeit als aktive Kommunalpolitikerin noch nicht erleben durfte. Ich will kein Wasser in den
56 süßen Wein gießen, jedoch betrachte ich dieses Ergebnis als weit entfernten Silberstreif am Horizont.
57 Wir alle wissen, nur ein/zwei Kinder in stationärer Unterbringung im Rahmen der Fürsorge würde
58 dieses Ergebnis in minus kippen.

59 Die Allgemeine Rücklage wird wie oben dargestellt leicht wachsen. Die Untergrenze für die
60 Allgemeine Rücklage wird nach Aussagen des Kämmerers 30 Millionen € nicht unterschreiten. So
61 können wir heute quasi nach 5 Jahren Stärkungspakt feststellen, er wirkt. Das Instrument
62 Stärkungspakt und die zur Verfügung gestellten Landesmittel sind Grundlage zur Konsolidierung des
63 städtischen Haushaltes.

64 Nach Aussagen des Kämmerers plant die Verwaltung eine nicht unerhebliche Summe von mehreren
65 Millionen Euro, resultierend aus guter Konjunktur und aus nicht verausgabten Haushaltsmitteln, zur
66 Verringerung der Kassenkredite zu verwenden. Im Hinblick auf die möglicherweise steigende Zinslast
67 eine notwendige Maßnahme. Ein Stück Generationengerechtigkeit.

68 Generationengerechtigkeit ist aber mehr als Abbau der Schulden.

69 „Geld gleicht dem Dünger, der wertlos ist, wenn man ihn nicht ausbreitet.“ Sir Francis von Verulam
70 Bacon (1561 - 1626), englischer Philosoph

71 Was meint Bacon damit? Generationengerechtigkeit heißt auch Investitionen in Infrastruktur,
72 Schulen, Kindergärten, Straßen.

73 Straßen bröckeln, in den Schulen fehlen Overheadprojektoren und Beamer, es fehlen bezahlbarer
74 Wohnraum sowie schnelle Internetleitungen in den ländlicheren Gebieten – und das alles, obwohl
75 die Konjunktur brummt. Entsprechend laut sind die Rufe nach höheren öffentlichen Investitionen.
76 Doch in welche Bereiche sollte der Staat investieren und was bringt es? Wohin mit den
77 Überschüssen? Eine aktuell vorgestellte Bertelsmann-Studie (übrigens nicht verdächtig,
78 sozialdemokratisch zu sein) erläutert, Investieren ist eine Möglichkeit, die sich auszahlt. Denn
79 öffentliche Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Infrastruktur lohne sich für alle. Sie könnten

80 nicht nur das Wachstum und die Beschäftigung stärken, sondern auch die Chancengerechtigkeit: bis
81 zum Jahr 2050 könnten öffentliche Investitionen bundesweit die Zahl der Arbeitslosen um über
82 440.000 und den Niedriglohnsektor um 5 Prozent verringern. Darüber hinaus trügen sich die
83 Investitionen langfristig selbst und erwirtschaften sogar fiskalische Gewinne. Am meisten lohne es
84 sich volkswirtschaftlich, in qualitativ hochwertige Ganztagschulen und Kitas zu investieren. Für die
85 Studie wurde simuliert, dass von 2018 bis zum Jahr 2050 dauerhaft mehr investiert würde. Diese
86 Steigerung sei laut Studienautoren notwendig, weil in vielen Bereichen großer Nachholbedarf
87 herrscht: bei der Qualität in Ganztagschulen und Kitas, einer digitalen und modernen Infrastruktur
88 und bei bezahlbarem Wohnraum für untere und mittlere Einkommen.

89 Daher ist es nur folgerichtig, dass der Rat in diesem Jahr die Erstellung eines Integrierten
90 Stadtentwicklungskonzeptes in Auftrag gegeben hat. Infrastruktur und Wohnsituation gehören auf
91 den Prüfstand. Ebenso begrüßen wir die Idee, sich dem Flächenpool NRW anzuschließen. Eine
92 sinnvolle Ausgabe, denn neben der für die Befassung vorgesehenen Filetfläche am Stausee, muss das
93 Wohngebiet Nesberg sowie die mögliche Gewerbefläche AV 8 dringend entwickelt werden.
94 Wohnfläche – Mangelware in unserer Stadt. Miet- und Grundstückspreise schießen in den Himmel. In
95 wirtschaftlichen guten Zeiten haben die Verantwortlichen versäumt, durch Bodenvorhaltepolitik ein
96 Kostenregulativ zu schaffen. Heute unterliegt der Grundstücksmarkt reinen Rendite-Gesichtspunkten
97 und Grundstückseigentümer erzielen Preise, die das zwei – oder dreifache des Bodenrichtwertes
98 sind. Nur zur Erinnerung, davon könnte man schon ganz gut eine Lärmschutzwand bezahlen....

99 Die Immobilien-Mondpreise können nicht im Sinne einer verantwortungsvollen und gerechten Politik
100 des Rates und der Verwaltung sein. Jungen Familien, Alleinstehenden, Seniorinnen und Senioren mit
101 kleinen Renten muss auch weiterhin das Wohnen in unserer Stadt möglich sein. Die gute
102 Durchmischung einer Gesellschaft trägt wesentlich zum sozialen Frieden bei. Zu diesem Zweck ist die
103 Einrichtung eines Eigenbetriebes Immobilien & Grundstücksverwertung zu prüfen. Wir schlagen
104 zusätzlich vor, die Auslegung von § 11 Bau GB „Städtebauliche Verträge“ erneut juristisch prüfen zu
105 lassen und die Ratsbeschlüsse vom 04.10.2001 und 11.07.2002, die zur Aufhebung der 30% Regelung
106 bei der Entwicklung von Wohnbauflächen führten, zu überdenken. Die SPD-Fraktion setzt sich
107 weiterhin dafür ein, bei der Entwicklung von geeigneten Wohnbauflächen wie zum Beispiel der
108 „Lehmkuhle“ die Wohnungs- und Geschosszahl in Mindestgrenzen festzusetzen und dieses nicht dem
109 ausschließlich renditeorientierten freien Markt zu überlassen.

110 In diesem Jahr hat der Rat nach langer und kontroverser Diskussion nach Antrag von SPD und WGH
111 einstimmig die Einrichtung von Windvorrangzonen beschlossen. Ein wichtiger Schritt zur
112 verantwortungsvollen Gestaltung des Stadtbildes. Wir begrüßen die Bereitstellung der Mittel in den
113 Jahren 2018/19.

114 Ebenso unterstützen wir den Bau einer weiteren dringend benötigten fünf-gruppigen
115 Kindertageseinrichtung und werden hoffentlich dafür im Januar einen sozial verantwortlich
116 handelnden Träger wählen. Dazu stellen wir rund 2 Mio Euro aus städtischen Mitteln dar, 750.000 €
117 werden aus Fördermitteln und Bildungspauschale refinanziert. Das ist gut und richtig. Dennoch
118 müssen wir fragen, ob die Kita-Neubauten von 2017 und 2018 ausreichend sein werden? In sozialen
119 Netzwerken teilen Halterner Eltern mit, dass sie 2- 3 Jahre auf einen KiTa-Platz warten müssten. Sie
120 wünschen sich ein zentrales Anmeldesystem und mehr Transparenz bei den Platzvergabekriterien.

121 Wie viele Kinder sind in Überhang- sowie Notgruppen und bei Tagesmüttern untergebracht? Hier
122 werden schon lange keine Spitzen mehr abgefangen, sondern sind zur Dauereinrichtung geworden.
123 Allein die konsumtiven Ausgaben für die Tagespflege betragen rund 1 Mio €. jährlich!

124 Haltern als Flächenkommune muss die Notwendigkeit der ausreichenden Versorgung der Ortsteile
125 berücksichtigen. Die geplante Notgruppe in Lavesum wird vor allem in Sythen freie Plätze schaffen
126 und den dortigen Bedarfen Rechnung tragen. Dennoch muss der Bau einer weiteren Einrichtung auf
127 Grund der vorliegenden Zahlen und im Hinblick auf die Baugebiete aktuell Grüner Winkel und später
128 Nesberg zwingend geprüft werden.

129 Wir können jetzt schon ahnen, was das für die künftige Nachfrage an OGS- Plätzen bedeuten wird.
130 Bereits jetzt kann die Nachfrage nur befriedigt werden, weil sowohl die rot-grüne als auch die
131 schwarz-gelbe Landesregierung nicht in der Lage sind, eine eindeutige Erlasslage zu formulieren. Dass
132 man sich als städtische Verwaltung der Gemeindeprüfanstalt, die eine enge Auslegung des
133 unzureichenden Erlasses fordert, an dieser Stelle beugt, lässt sich hier doch wohl nur damit erklären,
134 dass die Erlasslage der Stadtspitze nur Recht kommt. Es wären nicht ausreichend Plätze für alle
135 Kinder bei Flexibilisierung der OGS vorhanden. Aktuelle Zahlen belegen dies eindrucksvoll: 15%,
136 etwa 80 Kinder, sind aus der OGS abgemeldet worden. Die Verwaltung meldet alle Kinder sind
137 versorgt. Das ist ein Pyrrhos-Sieg, sehr geehrte Damen und Herren! Was machen die Kinder
138 eigentlich? Was machen eigentlich die, die Oma und Opa nicht in der Nähe haben? Was machen
139 eigentlich die, die sich eine privat finanzierte Betreuung nicht leisten können?

140 Heute nicht an morgen denken, ist eben auch generationenungerecht. Familien fordern zu Recht,
141 ausreichend gute Betreuungsplätze. Die SPD-Fraktion fordert die Verwaltung auf, die OGS-
142 Betreuungsplätze für das Schuljahr 2018/2019 um mindestens 10 % aufzustocken. In den Folgejahren
143 muss auf Basis der Übergangszahlen Kindergarten/Grundschule sowie Grundschule/wtf. Schulen eine
144 dynamisierte Angleichung der OGS-Plätze erfolgen.

145 An unseren Schulen leisten SchulsozialarbeiterInnen gute und wertvolle Arbeit. Parteipolitisch völlig
146 unstrittig, dennoch ist die Finanzierung nach wie vor befristet. Ein Trauerspiel. Wir alle wissen um die
147 gute Arbeit, wir alle wissen, dass diese Arbeit hilft, an anderer Stelle Kosten zu sparen. Nicht ohne
148 Grund tragen wir daher die Entscheidung mit, das Back up-Programm von einer Projekt- in eine
149 Strukturfinanzierung zu überführen. Mit Hilfe von Back up sollen Kinder und Jugendliche, die nicht so
150 ganz viel von Schule halten, zurückgeführt werden. SchulsozialarbeiterInnen gehören heute zum
151 Schulalltag. Lassen Sie uns gemeinsam ein Zeichen setzen und die Entfristung der
152 SchulsozialarbeiterInnen durchsetzen. Die SPD-Fraktion wird einen entsprechenden Antrag
153 formulieren.

154 Die Diskussion um G8/G9 hält an. Die schwarz-gelbe Landesregierung wird die Entscheidungshoheit
155 darüber an Schulträger und Schulen geben. Abgesehen davon, dass das zu einem unübersichtlichem
156 Flickenteppich führen wird, ist zu befürchten, dass die dabei entstehenden Kosten auch bei den
157 Kommunen hängen bleiben. Erste Überlegungen ob das Raumangebot am Gymnasium bei einer
158 Rückkehr zu G9 noch ausreichend ist, gibt es bereits. Und das ist auch gut so und findet die
159 Unterstützung der SPD-Fraktion.

160 In seiner letzten Sitzung hat der Schulausschuss über die Digitalisierung unserer Schulen gesprochen.
161 Verantwortliche aus Verwaltung und Schulen warten mit der Konzepterstellung bis zum
162 Fördermittelbescheid des Bundes. Das kann dann allerdings länger dauern. Die zuständige Ministerin

163 WANKA (CDU) hat nämlich dummerweise vergessen, die vorgesehenen 5 Milliarden € für die
164 Haushalte 2018 – 2021 beim Bundesfinanzminister zu beantragen.

165 Für uns, die fast noch den Schulalltag mit der Schiefertafel bestritten haben, mag die derzeitige
166 digitale Ausstattung in den Schulen ausreichend sein. Aber ist es das auch für die sogenannten
167 „digital natives“? Unsere Kinder respektive Enkel haben zu Recht andere Erwartungen an eine Schule
168 4.0. Warum zu Recht? Weil es künftig kein Berufsbild mehr geben wird, in dem nicht von den
169 Beschäftigten der Umgang und die Anwendung neuer Medien erwartet wird. Wir dürfen mit der
170 digitalen Modernisierung unserer Schulen nicht länger warten. Neben der dann möglicherweise
171 irgendwann fließenden staatlichen Förderung unterstützen auch Stiftungen wie Bosch und
172 Bertelsmann gute Digitalisierungskonzepte für Schulen. Die SPD-Fraktion wird einen entsprechenden
173 Antrag für die politische Beratung vorbereiten.

174 Aber lassen sie uns doch noch gemeinsam über die neue kommunalfeindliche Landesregierung
175 ärgern! Die ließ großen Versprechungen zur Entlastung der Städte keine Taten folgen! Ganz im
176 Gegenteil! Integrationspauschale, Krankenhauspauschale, Sozialticket, Polizei, um nur einige
177 Stichworte zu nennen. Wir hören gleich noch in einem Bericht, dass die von Armin Laschet geführte
178 Regierung die Integrationspauschale nicht 1: 1 an die Kommunen weiterreicht. Das klang im
179 Wahlkampf zu Beginn dieses Jahres noch ganz anders.

180 Krankenhauspauschale! Dabei sollen die Fördermittel für Investitionen in einige der landesweit 350
181 Krankenhäuser sofort um 250 Mio. Euro erhöht werden. Von dieser Summe sollen 150 Mio. Euro
182 vom Land getragen werden, 100 Mio. Euro von den Kommunen. Haltern ist mit mehr als 200.000 €
183 dabei.

184 Noch im Wahlkampf wurde von CDU und FDP mehr Polizei für mehr innere Sicherheit versprochen.
185 Angekommen ist davon im Kreis Recklinghausen leider nichts. Ganz im Gegenteil. Im
186 Präsidiumsbereich Recklinghausen, zu dem auch Haltern gehört, sollen 20 Stellen künftig wegfallen.
187 Ist die „Innere Sicherheit“ bei uns nicht so wichtig?

188 Und in der letzten Woche verkündete CDU-Verkehrsminister Wüst die Rücknahme der Zuschüsse in
189 Höhe von 40 Millionen € für das Sozialticket. Inzwischen ist die Landesregierung auf Grund
190 zahlreicher Proteste scheinbar zurückgerudert. Wir alle wissen um die hohe soziale
191 Bedeutung des Sozialtickets, das auch Menschen mit kleinen Geldbeuteln Mobilität garantiert: den
192 Alleinerziehenden, dem SGB-2 Empfänger, der Rentnerin. Seit Einführung des Tickets 2011 ist klar,
193 dass gerade die armen Städte und Kreise nicht in der Lage sind, hier als Ausfallbürge für das Land
194 einzuspringen. Diese Botschaft scheint jedoch beim FDP-Familienminister Stamp noch nicht
195 angekommen zu sein. Er forderte die Städte auf, selbst zu zahlen. Liebe Kollegen der FDP, vielleicht
196 geben Sie Herrn Stamp mal ein bisschen Nachhilfe in Sachen Kommunalfinanz?!
197

197 Für Haltern ist der Kreis für den ÖPNV verantwortlich. Die Städte per Umlage beteiligt. Bereits heute
198 ist der ÖPNV nicht kostendeckend. So sind 10,4 Millionen € umlagerelevant und unsere Stadt mit
199 4,38 % beteiligt. Als Flächengemeinde hat der ÖPNV hier jedoch auch eine ganz besonders wichtige
200 Bedeutung.

201 Haltern legt zu Recht immer besonderes Augenmerk auf den umlagefinanzierten Kreis. Die
202 Kreisumlage bleibt stabil wie in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen. Der LWL hat
203 inzwischen seine Hausaufgaben gemacht und fährt die Umlage runter. Die Umlage des

204 Landschaftsverbandes (LWL) soll 2018 um 1,4 Prozentpunkte auf 16,0 Prozent abgesenkt werden.
205 Höhere Einnahmen und geringere Ausgaben (zum Beispiel bei der Betreuung von Menschen mit
206 Behinderungen) machen die kräftigste Hebesatzsenkung seit 2001 möglich. Die SPD-Fraktion
207 erwartet die Weitergabe der umlagewirksamen Entlastungen an die kreisangehörigen Städte. Wir
208 unterstützen in diesem Zusammenhang die Forderung von Bürgermeister Klimpel, dass auch der
209 Kreis in seiner Personalplanung analog zu den kreisangehörigen Städten, die allesamt unter den
210 Bedingungen des Stärkungspaktes Personalplanung machen müssen, zurückhaltend agieren sollte.

211 Für unsere mittelfristige Finanzplanung ist zudem ein vorsichtiger Blick in Richtung Kapitalmarkt
212 wichtig. Wie lange bleiben die Zinsen auf diesem historisch niedrigen Stand? Für Rat, Kämmerer und
213 Bürgermeister am besten noch sehr lange. Für den Bürgermeister als Verwaltungsratschef der
214 Sparkasse vielleicht nicht mehr ganz so lange?

215 Die Gebühren im Bereich Ver- und Entsorgung bleiben im kommenden Jahr weitestgehend stabil. Das
216 ist ein positives Signal an die Bürgerinnen und Bürger.

217 Wir bedanken uns für die Unterstützung im Rahmen unserer Haushaltsberatung, sei es in den
218 Ausschüssen, bei der schriftlichen Beantwortung unserer Fragen oder auch bei unserer
219 Haushaltsklausur, in der Kämmerer Dirk Meussen persönlich referierte, bei den MitarbeiterInnen der
220 Verwaltung.

221 Die SPD-Fraktion trägt den vorgesehenen Stellenplan mit. Die Personalsteigerungen im
222 Rettungsdienst sind refinanziert. Weitere Ausbildungsplätze sind für 2018 vorgesehen, was wir im
223 Sinne der Nachwuchsförderung außerordentlich begrüßen.

224 Die SPD-Fraktion stimmt der vorgelegten Haushaltssatzung 2018 nebst Anlagen zu. Nicht zuletzt weil
225 wir uns unserer Verantwortung im Stärkungspakt bewusst sind. Gleichwohl bitten wir Sie, unsere
226 Kritik sehr ernst zu nehmen.

227